

Der sächsische Erzähler,

Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

erschiet jeden Freitag abends für den folgenden Tag und ist einschließlich der Mittwoch- und Sonnabend-erhebungen „Belletristischen Beilage“ bei Abholung vierteljährlich 1 M 50 J., bei Zustellung ins Haus 1 M 70 J., bei allen Postanstalten 1 M 50 J. extra für Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 J. Nummer der Zeitungspreisliste 6587.

Versprechelle Nr. 22.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr. Vierundsechzigster Jahrgang.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Korpuszeile 12 J., die Restzeile 30 J. Geringerer Inseratenbetrag 40 J. für Wiederholung eingekannter Manuskripte usw. keine Gewähr.

Bestellungen auf den „Sächsischen Erzähler“,

Amtsblatt,

für das mit dem 1. Januar begonnene

1. Quartal 1910,

werden jederzeit von unserer Expedition, Altmarkt 15, von sämtlichen Postämtern, den Briefträgern, sowie unseren Zeitungsboten entgegengenommen.

Der „Sächsische Erzähler“ ist als Amtsblatt im Amtsgerichtsbezirk, sowie im Reihner Hochland und der Oberlausitz weit verbreitet, so daß auch Inserate in demselben den besten Erfolg haben.

Die Redaktion.

Die Neuwahlen

für das englische Parlament.

Da das durch die Proklamation des Königs am 10. Januar aufgelöste englische Parlament bereits am 15. Februar wieder seinen Zusammentritt vollziehen und die parlamentarische Arbeit fortsetzen soll, so befindet sich die englische Nation bereits jetzt im heißen Wahlkampf, und in wenigen Wochen wird es sich entscheiden, ob die Liberalen wieder als Sieger in das Unterhaus einziehen werden oder ob die Unionisten, wie sich jetzt die englischen Konservativen in Verbindung mit einigen anderen politischen Gruppen nennen, die parlamentarische Mehrheit erringen werden. Die Liberalen Englands führen in ihrem Appell an das Volk im Wahlkampf den Verfassungsbruch der Lords, die Abwehr der Schutzölle, die Lebensmittelpreuerung, die Einführung gerechterer Steuern und die Finanzreform ins Feld, während die Konservativen in ihren Wahlaufrufen mit dem größeren Schutz der einheimischen Produktion, der Entlastung des Grund und Bodens von drohenden Steuern und ebenso mit der Entlastung des Bieres, des Branntweins und Tabaks von hohen Abgaben ins Feld rücken. Sieht man von diesen Einzelfragen in dem großen englischen Wahlkampf ab, so erkennt man unschwer, daß es sich bei den Neuwahlen für das englische Parlament schließlich doch um den Kampf zweier Weltanschauungen, um die öffentliche Macht handelt. Seitdem es in England ein Parlament gibt, haben sich die konservative und die liberale Weltanschauung einander immer gegenüber gestanden, das konnte man immer von den großen Parteien sagen, daß sie in der Verteidigung und Wahrung der großen Freiheiten und Rechte des englischen Volkes, wie solche schon vor dreihundert Jahren grundlegend geschaffen wurden, einig waren, und daß, der Welthandelsstellung Englands entsprechend, auch beide Parteien immer für den Freihandel im großen Weltverkehr eintraten, weil dieser den gewaltigen Handelsinteressen Englands am meisten nützlich zu sein schien. Im letzteren Punkt haben sich seit etwa sieben Jahren die Konservativen von den Liberalen getrennt, indem im letzten konservativen Kabinett der hochbegabte Kolonialminister Chamberlain auf einmal mit der Forderung auftrat, daß jetzt auch für England die Zeit gekommen sei, Schutzölle einzuführen. Diese schutzöllnerische Richtung des früheren konservativen Kabinetts in England wurde aber vom englischen Volk übel aufgenommen, denn man befürchtete eine Verteuerung der Lebensmittel und der für englische Industrie notwendigen Rohprodukte. Die parlamentarischen Zustände wurden für das konser-

vative Kabinett sogar so schwierig, daß es zurücktrat und die Neuwahlen des Parlaments einen großen Sieg für die Liberalen ergaben. Ob im neuen Wahlkampf diese Gründe auch den Liberalen wieder zum Sieg verhelfen werden, muß einigermaßen bezweifelt werden, da England inzwischen eine sehr schwierige Handelskrise durchgemacht hat. Fast scheint es auch, als ob in gewissen Zwischenräumen jede englische Parlamentsmehrheit abwirtschaftete und der anwachsenden Opposition nicht mehr standhalten könne. Dazu kommt, daß die englische Hauptstadt London und die Vertreter der Börse konservativ in ihrer Mehrheit gesinnt sind, und daß die Wahlen in London wahrscheinlich Eindruck im ganzen Land machen werden, zumal in England die Parlamentswahlen nicht an einem Tag, sondern nach und nach stattfinden und in den zwölf Londoner Wahlkreisen bereits nächsten Sonnabend vollzogen werden. Bemerkenswert ist es auch, daß in England, wo jedes erwartete Ereignis auch mit Wetten ausgefochten wird, sich in den letzten Tagen die ursprünglich sehr zugunsten der Liberalen abgeschlossenen Wetten jetzt etwas verschlechtert haben. Jedenfalls wird der Ausfall der englischen Neuwahlen das wichtigste Ereignis nicht nur für Englands innere Politik, sondern auch für seine Beziehungen zum Ausland werden.

Deutsches Reich.

Prinz Adalbert von Preußen, der dritte Sohn des Kaiserpaars, soll beabsichtigen, sich nächsten mit der Prinzessin Viktoria Beatrice von Connaught, einer Nichte des Königs Eduard von England, zu verloben. Der Prinz weilte letzter Tage am Stockholmer Hof zum Besuch, wobei er mit der Prinzessin Viktoria Beatrice zusammentraf. Ob das Verlobungsgerücht in der Tat begründet ist, daß muß indessen zunächst dahingestellt bleiben.

Am Dienstag hat der Reichstag seine Verhandlungen nach Ablauf seiner Weihnachtsferien wieder aufgenommen, und zwar standen auf der Tagesordnung dieser ersten Reichstagsitzung im neuen Jahre die Interpellationen betreffs der medlenburgischen Verfassungsangelegenheit und wegen der Rattowitzer Beamtenmehregelungen. Gleichzeitig mit dem Reichstag ist auch die sächsische Abgeordnetenkammer wieder zusammengetreten; einen Tag vorher, am Montag, hatte bereits die badische Zweite Kammer ihre Sitzungen wieder aufgenommen.

Die am vergangenen Sonntag im Reichstagsgebäude abgehaltene Delegiertenversammlung der freisinnigen Vereinigung erklärte nach mehrstündigen Verhandlungen ihr Einverständnis mit der

beschlossenen Verschmelzung der drei linksliberalen Parteien. Auch der in Stuttgart versammelt gewesene weitere Ausschuß der süddeutschen Volkspartei hat sich zugunsten der Fusion ausgesprochen.

In seiner Staatsrede im preussischen Abgeordnetenhaus berührte am Dienstag Finanzminister v. Rheinbaben auch kurz die Frage der Schiffahrtsgelder und erklärte mit erhobener Stimme, daß Preußen die in dem Wasserstraßengesetz niedergelegten Pläne mit aller Energie zu einem erfolgreichen Ende führen will unter Beseitigung aller Hemmnisse.

Der preussische Staatshaushaltsetat für 1910 beziffert die Einnahmen auf 3 837 412 963 M und die Ausgaben im Ordinarium auf 3 723 019 542 M, im Extraordinarium auf 204 393 421 M, zusammen auf 3 929 412 963 M; mithin sind die Ausgaben um 92 Millionen höher als die Einnahmen. Der Fehlbetrag wird durch Aufnahme einer Anleihe zu decken sein.

Die in Essen eingetroffene chinesische Marinestudienkommission besuchte am Montag mehrere Einzelabteilungen der Krupp'schen Werke und besichtigte am Dienstag den Schießplatz bei Meppen.

Ueber das Antwortschreiben der reichsständischen Regierung an die Bischöfe von Regensburg und Straßburg in der bekannten Kompetenzaffäre wird seitens der beteiligten Kreise einstweilen Stillschweigen bewahrt. Das Regierungsschreiben soll diesmal nicht vom Staatssekretär Born von Bulach, sondern vom Statthalter Grafen Wedel selber unterzeichnet sein, womit die Stellungnahme der Regierung gegenüber den oppositionellen Kirchenfürsten schärfer akzeptiert wäre.

Vom Verband evangelischer Arbeitervereine. Einen erheblichen Zuwachs an Vereinen und Mitgliedern haben fast alle dem Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands angehörigen Verbände und Vereine. Der stärkste Verband ist der rheinisch-westfälische; er zählte am 31. Dezember 1909 207 Vereine mit 43 086 Mitgliedern. Dann folgt der sächsische Verband mit 92 Vereinen und 18 000 Mitgliedern.

Als künftige Ergebnisse der Postkonferenz, die am 7. und 8. Januar mit Vertretern verschiedener Interessengruppen im Reichs-Postamt abgehalten worden ist, dürften folgende Neuerungen zu verzeichnen sein: Für Postanweisungen wird ein Formular eingeführt, das, wie die Zahlkarten im Scheideverkehr, rechts mit einem zweiten Abschnitt versehen ist, auf dem der Absender die Postquittung vorbereitet. Für gewöhnliche Pakete kann man später einen Einlieferungsschein für 10 J erhalten, der ebenfalls vom Einsender ausgefüllt